

FERKELKASTRATION

**Ministerien uneinig –
Bundsratsenthaltung**

Erfurt/Berlin. Die Landesregierung hat sich vorige Woche bei der Abstimmung im Bundesrat über die „Verordnung zur Durchführung der Betäubung mit Isofluran bei der Ferkelkastriation durch sachkundige Personen“ enthalten. Dieses faktische Nein aus Thüringen verhinderte aber nicht die Zustimmung des Bundesrates zur „Ferkelbetäubungssachkundeverordnung“ (Seite 19).

Grund der Enthaltung sind unterschiedliche Auffassungen des Sozial- und des Agrarministeriums zur künftigen Kastrationspraxis. Das Sozialministerium lehnte die Verordnung ab. Es folgte damit den Argumenten der Landestierärztekammer, die davor warnte, dass künftig Laien eine Vollnarkose beim Ferkel vornehmen dürfen. Die Tierärzte wiesen darauf hin, dass es andere Methoden gebe, den Ebergeruch zu unterbinden. Dazu zählt die Immunokastration, die seitens des Agrarministeriums auch erwünscht wird. Allerdings folgte man hier den Argumenten der Schweinehalter. Denn für das Impfen fehle die Akzeptanz des Lebensmittelhandels. Ohne die Betäubung mit Isofluran für die Kastration drohten Absatzprobleme. **FH**

**Landeserntedank
in Schkölen**

Erfurt. Am 5. Oktober ist Schkölen im Saale-Holzland-Kreis Gastgeber des diesjährigen Landeserntedankfestes. Zum Auftakt um 10 Uhr gibt es einen ökumenischen Gottesdienst. Im Anschluss daran werden die Erntekronen u.a. an Ministerpräsident Bodo Ramelow und Vertreter der Kirchen überreicht. Bis 18 Uhr gibt es am Rittergut einen Bauernmarkt, Tier- und Technikschaue. Das Programm auf der Bühne zwischen Rittergut und Wasserburg gestalten die örtlichen Landfrauen und weitere Vereine der Region. **■**



Im vorigen Jahr führte Andreas Höfer durch den neuen Sauen- und Abferkelstall. Ob das Platzangebot, dessen Praktikabilität ein Innovationsprojekt (EIP) untersucht, künftigen Vorgaben genügt, ist offen.

FOTOS: FRANK HARTMANN

Es fehlt der Fahrplan

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter wollte von Landespolitikern vor der **Landtagswahl** wissen, wie sie zur Zukunft der Tierhaltung stehen.

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter (IGS) in Thüringen wollte es wissen: „Sind Sie überzeugt davon, dass wir in Deutschland und speziell in Thüringen eine zukunftsfähige, nachhaltig wirtschaftende und gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung benötigen?“ Diese und acht weitere Fragen sandte die IGS an die Spitzenpolitiker und die agrarpolitischen Sprecher aller im Landtag vertretenen Parteien und bat mit Blick auf die Landtagswahl um Beantwortung.

„Mit dem Ergebnis unserer Umfrage bei den Landespolitikern in Thüringen sind wir weitgehend zufrieden“, erklärte IGS-Vorsitzender André Telle (Agrar eG Heberndorf) nach Auswertung der Umfrageergebnisse am Montag auf einer Pressekonferenz. Denn alle Parteien hätten erklärt, sich aktiv für eine zukunftsfeste Schweinehaltung im Land einzusetzen.

Keine klaren Aussagen

Auf Nachfrage der Journalisten, ob das auch auf die Grünen zutraf, die im aktuellen Wahlkampf „Bauernhöfe statt Tierfabriken“ plakatieren, erklärte Telle, dass es freilich unterschiedliche Ansichten gebe.

„Leider fehlen von allen Politikern klare Aussagen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schweinehaltung“, lenkte Dr. Britta Becke (Urlebener Schweinemast GmbH) den Blick auf ein zentrales Problem für die Schweinehalter. Man sei bereit, in

mehr Tierwohl zu investieren. Allerdings herrsche große Rechtsunsicherheit. Becke erläuterte, dass sich ihr Betrieb, trotz der Größe, einen Umbau mit Stallauslauf vorstellen könne. Dies bedeute aber ein neues BImSchG-Verfahren. Sie wisse nicht, ob sie dafür eine Genehmigung erhalten würde, zumal das Genehmigungsverfahren die Beteiligung der Öffentlichkeit verlangt.

Wohin geht die Reise?

Dort, wo Schweinehalter wie Andreas Höfer (Agrarprodukte Bernsgrün-Hohndorf eG) ins Tierwohl investiert haben, gingen sie ein hohes Risiko ein. Vorschriften, die heute gelten, können schon morgen wieder hinfällig sein. Höfer weiß nicht, ob seine großzügigen Bewegungsbuchten im Abferkelbereich mit 6,1 m²/Sau in Zukunft akzeptiert werden. Nach wie vor fehle die überarbeitete Nutztierhaltungsverordnung, die endlich Klarheit schaffen müsse. Stattdessen gebe es diffuse Debatten über die künftigen Platzvorgaben. „Ein Stall“, so Höfer, „wird nicht für fünf, sondern für 20 und mehr Jahre gebaut.“ Diese Zeit brauche es, die Investitionskosten zu erwirtschaften. Die Forderung nach praxistauglichen, gesetzlichen Rahmenbedingungen ergänzte Höfer um die Auflösung von Zielkonflikten beim Tier-, Umwelt- und Klimaschutz. Mit seinen Kollegen konstatierte er einen Investitionsstau, was ein Vorankommen beim Tierwohl ausbremse.

Keinen Zweifel ließ Roland van Asten (van Asten Tierzucht Nordhausen GmbH & Co. KG) aufkommen, dass das gesellschaftlich gewünschte Tierwohl auch bezahlt werden muss. Die Konzentration im Schlacht- und Lebensmittelhandelssektor vor Augen, sowie Verbraucher, die mehrheitlich stets das preiswerte Produkt wählen würden, schlug van Asten eine Tierwohl-Umlage ähnlich der EEG-Umlage vor. Damit könnten notwendige Investitionen gestemmt werden.

Große Hoffnung setzen die Schweinehalter darauf, dass die Politik sich künftig – ganz gleich unter welcher neuen Landesregierung – dafür einsetzen wird, in Kindergärten und Schulen frühzeitig, altersangemessen, ideologie- und vorurteilsfrei über Landwirtschaft und Schweinehaltung aufzuklären.

Stallluft schnuppern

Wolfgang Schirber (Agro Pig GmbH) sagte, dass die Realität anders aussehe, als es Werbebilder vermitteln. Diesen Widerspruch machte er mit für die öffentliche Diskreditierung verantwortlich, die Tierhalter heute erfahren. Auch große Stallanlagen, das bestätigten seine Kollegen, könnten unter Einhaltung der hygienischen Vorgaben besucht werden.

Bedauern äußerte die IGS, dass alle befragten Landespolitiker auf das Angebot einer Stallführung in der Tierproduktion GmbH Alkersleben nicht reagierten. **FH**